

Laurahütte-Siemianowiker Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Plott. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Einzige älteste und geleseste Zeitung von Laurahütte-Siemianowik mit wöchentlichem Unterhaltungsbeilage.



Anzeigenpreise: Die 8-gespaltene mm-3l. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gespaltene mm-3l. im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei aeriatl. Beirbeitung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Slaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 140

Sonntag, den 11. September 1932

50. Jahrgang

Wieder Reichstagsauflösung?

Nach der Aussprache des Reichstagspräsidiums bei Hindenburg
Der Reichspräsident für Aufrechterhaltung des Papenkabinetts

Berlin. Der Verlauf des Empfanges des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten war durchaus freundschaftlich. Der Reichspräsident gab jedoch zu verstehen, daß er nicht bereit ist, irgendwelche Zugeständnisse für eine Kabinettsumbildung zu machen oder sich gar vom Reichstanzler von Papen und seinem Kabinetts zu trennen. Der Reichspräsident wird zwar voraussichtlich dem Wunsche des Reichstagspräsidiums entsprechen, die Führer der Parteien noch empfangen, um alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten auszuschöpfen, aber es ist nicht anzunehmen, daß diese Besprechungen noch irgend ein Ergebnis haben werden. Es kann sich für NSDAP und Zentrum nur darum handeln, ob sie mit dem Kabinetts Papen zusammenarbeiten wollen oder ob sie die Reichstagsauflösung vorziehen. Allgemein hält man die Reichstagsauflösung für gewiß. Die Neuwahlen werden in der verfassungsmäßigen Zeit stattfinden, falls sich nicht noch die innerpolitische Lage durch besondere Umstände und Ereignisse bedrohlich gestalten sollte.

Wird aufgelöst — wird vorläufig vertagt?

Berlin. In den Berliner Abendblättern kommt allgemein zum Ausdruck, daß sich trotz der getrigen gemeinsamen Mitteilung der Nationalsozialisten und des Zentrums sowie der Ausführungen des Abg. Joos nach dem Empfang des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten an der bisherigen Lage nichts geändert habe. Der nationalsozialistische „Angriff“ verwahrt sich gegen die Unterstellung, daß die NSDAP heute vielleicht nicht mehr abgeneigt sei, das anzunehmen, was sie am 13. August ausgeschlagen habe. Eine „Notlösung“, die die Auflösung des Reichstages vermeiden könnte, wäre für die N.

S. D. A. P. nur in soweit tragbar, als ihr dabei das gegeben werde, was ihr auf Grund der Verfassung zuzumane und was das Volk mit Recht fordern könne. Falls in dieser Richtung noch aussichtsreiche Verhandlungen von der Gegenseite angebahnt werden könnten, würde „eine gewisse Verlangsamung der Abwicklung der Verhandlungen im Reichstag möglich sein“. Das Blatt bringt im übrigen einen scharfen Artikel des Abg. Goebels gegen die Regierung von Papen, in der es am Schluß heißt: „Niemand wird uns in den Verdacht nehmen, daß wir Schleppenträger des Marxismus sind. Aber das gestehen wir offen, daß es uns laubereit erscheint, mit der SPD zu kämpfen, die wenigstens so ehrlich gewesen war, offen zu sagen, daß sie uns hasste und verabscheute und auch dementsprechend angriff.“

Der sozialdemokratische „Abend“ glaubt aus der Haltung der Nationalisten schließen zu sollen, daß um eines Erfolges der Verhandlungen mit dem Zentrum willen die nationalsozialistische Führung auch eine weitere Tolerierung der Regierung Papen auf sich nehmen würde. Der „Volkswacht“ meint, wenn Nationalsozialisten und Zentrum sich eine Frist für weitere Verhandlungen untereinander und für den Versuch eines neuen Vorstoßes beim Reichspräsidenten schaffen sollten, dann würde das zunächst die Vertagung des Reichstages auf vielleicht unbestimmte Zeit, praktisch aber eine Duldung des Kabinetts von Papen durch den Reichstag für die Dauer der Vertagung bedeuten. Die „DZ“ meint dagegen, in offiziellen Kreisen herrsche genau wie in den letzten Tagen absolut die Meinung vor, daß nur noch die Reichstagsauflösung übrig bleibe. Neue Besprechungen mit der NSDAP seien durch die Münchener Hitler-Rede unmöglich geworden. Ebenso glaubt die „Vossische Zeitung“, daß die Auflösung des Reichstages und Neuwahlen, so wenig wünschenswert sie auch seien, nicht würden vermieden werden können.

Was die Woche brachte

Die seit langem angekündigte Rekonstruktion des Kabinetts ist nun endlich in Angriff genommen worden. Der Finanzminister und der Minister für Verkehr und öffentliche Arbeiten haben ihre Gesuche um Enthebung vom Amt eingereicht und der Staatspräsident hat neue Männer ernannt. Die Demission des Finanzministers hat im allgemeinen ebenso wenig überrascht wie die Ernennung des Vizepremierers Jawadzki zu seinem Nachfolger. Minister Jawadzki ist in der letzten Zeit immer mehr in den Vordergrund getreten, so daß mit seiner Ernennung auf diesen Posten zu rechnen war. Er ist der Verfasser der in der letzten Sejmession beschlossenen Steuergesetze und gilt als Konservativer und Anhänger liberaler Wirtschaftsmethoden. Er soll auch für die Anpassung der privaten Verpflichtungen an die verringerte Kaufkraft des Geldes eintreten. Seine Ernennung bedeutet somit einen Bruch mit den Anschauungen der sogenannten Wirtschaftsfront, wie sie Vizepremierer Starzynski repräsentierte, dessen Anhänger unter den höheren Beamten schon seit einiger Zeit ausgeschaltet wurden. Mit Professor Jawadzki ist jedenfalls ein Fachmann zur Leitung der Finanzen berufen worden, der vom Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und Finanzwirtschaft an der Universität Wilna als Unterstaatssekretär ins Finanzministerium kam. Als solcher und später als Vizepremierminister hat er beachtliches Geschick gezeigt.

Weit überraschender ist die Demission des Verkehrsministers Kühn, bei dem man schon deshalb mit keiner so raschen Amtsniederlegung rechnete, weil er gerade erst aus dem Urlaub zurückgekehrt war. Man versuchte, seine Demission auf starke Ueberarbeitung zurückzuführen, doch ist das kein zureichender Grund. Wahrscheinlich hat der mißliche Stand der Anleiheverhandlungen in Paris seine Stellung erschüttert. In Eisenbahnerkreisen wird sein Rücktritt mit den Gerüchten über große Reduktionen von Arbeitsplätzen, die in erster Linie bei der Kattowitzer Direktion vorgenommen werden sollten, in Zusammenhang gebracht. Daß sein Rücktritt unverhofft erfolgte, beweist schon der Umstand, daß sein Nachfolger, Ingenieur Butkiewicz, nicht zum Minister, sondern zum Leiter des Verkehrsministeriums ernannt wurde. Minister Butkiewicz gilt als unpolitisch. Er hat sich nach der Absolvierung der Universität in Kiew der Eisenbahnerlaufbahn zugewandt und war durch 8 Jahre hindurch in Radom als Direktor der Betriebsabteilung tätig. In gleicher Eigenschaft wirkte er 6 Jahre lang in der Warschauer Direktion, um dann als Präses der Direktion in Radom, wohin er im Juni ging, den Weg ins Ministerium zu nehmen.

Diese teilweise Rekonstruktion des Kabinetts hat die Ueberzeugung entstehen lassen, daß es sich dabei nur um den Austausch der nächsten Umbildung handle, die in etwas erweitertem Rahmen vor sich gehen soll. Als Zeitpunkt für die Umbildung wird der Oktober genannt. Bei dieser Gelegenheit soll es sich unter anderem vor allem um den Justizminister Michalowski und den Arbeitsminister Hibicki handeln. Angeblich besteht die Absicht, den gegenwärtigen Justizminister noch die Richterbesetzungen durchzuführen zu lassen, dann soll er dem gewesenen Finanzminister J. Pilsudski Platz machen, der unbelastet von diesen Besetzungen sein Amt antreten soll. J. Pilsudski hat Michalowski gegenüber auch noch den Vorteil, daß er nichts mit dem Breiter Prozeß zu tun hat. Bis zum Zusammentritt des Sejms soll jedenfalls auch die zweite Etappe der Rekonstruktion erledigt sein. Einen politischen Hintergrund, wie man dies immer annahm, kann man bei diesem Ministerstuhls nicht gut feststellen er brachte lediglich nur einen Personalwechsel.

Der Zusammentritt des Sejms dürfte erst Ende Oktober erfolgen. Die Gerüchte einer früheren Einberufung sind seit der letzten Unterredung Prytors mit dem Staatspräsidenten verstummt. Ende Oktober ist dann die ordentliche Session zur Erledigung des Haushalts verfassungsmäßig fällig. Sobald der Sejm zusammentritt, erlöschen die außerordentlichen Vollmachten für den Staatspräsidenten. Aus diesem Grunde soll die Zeit noch rasch ausgenutzt werden, um die von der Regierung geplanten Gesetze im Wege der Dekrete zu veröffentlichen.

Eine besondere Rolle spielt die Bahnanleihe, deren zweite Tranche in der Höhe von 200 Millionen schon seit dem 1. Mai fällig ist. Alle Bemühungen in dieser Richtung sind bis jetzt erfolglos geblieben. So oft auch Vizepremierminister Roc nach Paris fuhr, immer kam er mit leeren Händen zurück. Nun wird gemeldet, daß Verhandlungen über eine Anleihe in England stattfinden und einen günstigen Verlauf nehmen. Gleichzeitig sichert auch eine Nachricht durch über die Hindernisse, die sich der Anleihe in Frankreich entgegenstellten. Darnach soll es sich um eine Intrige der Schneider-Creuzot-Gruppe handeln, der die Guta Bankowa gehört. Die Gruppe Schneider-Creuzot war, wie es heißt, damit einverstanden, die Anleihe bereitzustellen, wenn der gesamte Schienenbedarf für die Kohlenmagistrale der Guta Bankowa zuzufiele. Darauf konnte die Regierung wegen der Benachteiligung der anderen Hüften nicht eingehen. Frankreich zog die entspre-

Der deutsche Vorschlag in Stresa

Günstige Aufnahme der Vorschläge — Um die Verständigung der Einkaufsstaaften
Währungs- und Devisenfrage

Stresa. In den Sitzungen des Landwirtschaftlichen Ausschusses fand am Freitag hauptsächlich eine Geschäftsordnungsaussprache statt. Der am Donnerstagabend gemachte deutsche Vorschlag, der eine Ueberbrückung des französischen und italienischen Gegenlages erzielen wollte, fand bei vielen Abordnungen günstige Aufnahme. Die deutsche Abordnung betont, daß es sich nur um einen Eventualvorschlag handle, der noch verbesserungsfähig sei. Deutschland und Italien traten dafür ein, zunächst einmal

eine Verständigung der Käuferstaaten untereinander anzustreben.

Demgemäß beschloß man Sonnabend früh, eine Sitzung der Käuferstaaten abzuhalten, der eine Sitzung der Käufer- und Verkäuferstaaten folgen soll.

Es wird in der Presse vielfach die Entwicklung in Stresa so dargestellt, als ob sich ein Mißverhältnis zwischen Deutschland und Italien herausbilde und Deutschland sich in das Schlepptau der Franzosen nehmen lasse. Demgegenüber muß ausdrücklich betont werden, daß von einem solchen Mißverhältnis keine Rede sei. Das Verhältnis ist nach wie vor außerordentlich freundschaftlich. Man müsse aber verstehen, daß der italienische Vorschlag für die deutsche Abordnung wegen des Geldbeitrages, der eine neue deutsche Belastung darstellen würde, unannehmbar ist. Vielleicht läßt sich aber auch da noch eine Ueberbrückung finden, indem man die Präferenzverträge, die Deutschland schon abgeschlossen hat, als Gegenleistung gelten läßt und ihm so die Geldleistung erspart.

Im Finanzausschuß haben verschiedene Länder, unter ihnen besonders Ungarn, ihre finanzielle Lage dargestellt. Man hat eine Menge von Möglichkeiten erwogen, um diesen Ländern zu helfen. Eine Lösung wurde aber bisher nicht erzielt.

Hantos-Ungarn will eine mitteleuropäische Währungsvereinbarung vorschlagen. Alle Länder mit Devisenvorschriften, deren Währungen im Auslande ein Disagio erfahren, hätten sich gegenseitig den Stand ihrer Währungen zu garantieren. Hantos schlägt dann eine Parteilierung der Notenbanken der betreffenden Staaten vor. Die parteilerten Notenbanken hätten dann am besten mit Hilfe der BIZ einen Clearingverkehr einzurichten. Es kann schon heute gesagt werden, daß der Vorschlag nicht auf Gegenliebe stoßen wird.

Johann Pilsudski Vizepräsident der Bank Polski

Strasburger in Ruhestand.

Warschau. Der kürzlich zurückgetretene Finanzminister Johann Pilsudski ist zum Vizepräsidenten der Bank von Polen ernannt worden. Ferner wurde der frühere diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Minister Strasburger, in den Ruhestand versetzt. Strasburger ist seiner Zeit mit der Reuebesetzung der polnischen Gesandtschaft in Moskau in Zusammenhang gebracht worden.

Polnischer Bauernstreik zusammengebrochen

Warschau. Die polnische Polizei verhaftete einige Personen, die den Bauernstreik angezettelt haben. Die Bauernverbände sehen den Streik fort und unterbinden auch weiter die Zufuhr von Lebensmitteln nach den Städten, um eine Preissteigerung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hervorzulufen. Der Streik hat nur geringe Erfolgsaussichten und ist in manchen Bezirken schon zusammengebrochen.

Entscheidender Ministerrat in Paris

Paris. Ministerpräsident Herriot empfing am Freitagabend den amerikanischen Senator Reed, den amerikanischen Botschafter Edge sowie den tschechoslowakischen Gesandten zu, wie es heißt, eingehenden Besprechungen über die Abrüstungsfrage und die deutsche Gleichberechtigungsforderung. Außerdem hatte der Ministerpräsident ein Ferngespräch mit seinem noch in London weilenden Kabinettschef Marcel Remy, um sich über den Standpunkt der britischen Regierung zu unterrichten. Marcel Remy kehrt am Sonnabend früh nach Paris zurück.

Der Ministerrat unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten tritt am Sonnabend um 10 Uhr zu seiner entscheidenden Sitzung zusammen.

Krieg zwischen Bolivien und Paraguay

Aluncion. Die bolivianischen Truppen haben nach schwerer Beschichtung die im Chaco-Gebiet liegenden Städte Rojo und Balencia angegriffen. Die paraguayischen Truppen leisteten äußersten Widerstand. Die Regierung von Paraguay teilt mit, daß sie sich mit Bolivien als im Kriegszustand befindlich betrachte, obwohl der Krieg noch nicht erklärt sei.

chenden Konsequenzen und die Anleihe kam nicht zustande. Sollten die Verhandlungen mit England zum günstigen Ende kommen, wäre den Franzosen ein Schnippen geschlagen.

Gegenwärtig zerbricht man sich in Frankreich den Kopf über die Antwort an die deutsche Regierung bezüglich der Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Rüstungen. Daß man in Deutschland die Sache mit größtem Ernst und Nachdruck betreibt, hat leßthin die Erklärung des Reichswehrministers, die er gelegentlich des Abschlusses der Herbstmanöver der ostpreussischen Reichswehrrabteilungen den Vertretern der Presse gab, bewiesen. Die deutsche Entschiedenheit hat Frankreich, wie es scheint, doch etwas in die Enge getrieben, so daß man in Paris den Blick schnellich nach London richtet, um von dort wenigstens ein aumunterndes Wort für die Ablehnung der deutschen Forderung zu hören. In London jedoch scheint man sich nicht überlegen zu wollen und übt Zurückhaltung. Aus diesem Grunde wird sich die französische Antwort in die deutsche Regierung verzögern. Man rechnet jedenfalls damit, daß sie nicht gleich zu Anfang der kommenden Woche erfolgen wird.

Die Amerikaner gehen von dem Standpunkt aus, daß jetzt die Stunde für ihre Abrüstungspläne schlagen könnte. Man sagt sich jenseits des Ozeans, daß, wenn Deutschland seine Drohungen wahr machen und an der Abrüstungskonferenz nicht mehr teilnehmen sollte, dieser Schritt Frankreich und seine Verbündeten dazu bewegen könnte, die Vorschläge des Präsidenten Hoover, die eine Herabsetzung der Rüstungen um ein Drittel vorschien, anzunehmen. Ob man sich über diesen Punkt nicht täuschen wird, bleibt noch abzuwarten. Einstweilen sieht man mit größter Spannung der französischen Antwort entgegen, die auf den weiteren Gang der Ereignisse von Einfluß sein wird.

Der Kampf um die Macht im Innern der Reiches dauert an. Um den Reichstag arbeitsfähig zu machen, finden Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum statt. Interessant ist dabei die Aenderung der Einstellung der Nationalsozialisten, die ihre abweisende Haltung aufzugeben im Begriffe sind. Das ist nicht zuletzt dem geschickten Operieren der Reichsregierung zuzuschreiben, der es gelungen ist, einstweilen wenigstens Hitler in die Verteidigungsstellung zu drängen. Wie sich auch die Dinge noch gestalten mögen, Hitler hat in dem Kanzler einen gefährlichen Gegner gefunden, der danach strebt, zu ernten, was Hitler säet. Ob der Plan gelingen wird, oder ob der Führer der Nationalsozialisten seine Leute fest genug in der Hand hat, steht auf einem anderen Blatt. Viel wird natürlich auch davon abhängen, ob er finanziell in der Lage ist standzuhalten. Das Spiel der Kräfte ist jedenfalls in ein neues Stadium getreten.

Dampffährenkatastrophe bei New York

New York. Zwischen East River und Rikers Island explodierte Freitag früh eine private Dampffähre, die 100 Arbeiter an Bord hatte, in der Mitte des Flusses. Die Fähre sank sofort. Bisher sind 37 Tote und 30 Verwundete geborgen worden. Es wird angenommen, daß noch mehr Arbeiter umgekommen sind. Die genaue Zahl der Vermissten läßt sich jedoch erst später feststellen. Die Arbeiter befanden sich unterwegs zu ihrer Arbeitsstätte, einem Zuchthausneubau. Drei Polizeiboote suchten den Flußlauf ab. Rettungswagen stehen an den Ufern. Der Name der Fähre ist „Observation“. Man nimmt an, daß die Ursache des Unfalls eine Kesselexplosion ist.

New York. Das Fährbootunglück auf dem East River stellt sich als erheblich schlimmer heraus, als ursprünglich angenommen war. Von den 150 Passagieren, die sich auf der Fähre „Observation“ befanden, wurden bisher 75 Personen in die Krankenhäuser eingeliefert, davon 20 schwer verletzt. 37 Tote sind bisher geborgen worden. Zahlreiche Körper wurden durch die Gewalt der Explosion völlig zerrissen und auf die Häuferdächer am Ufer geschleudert. Das Schiff sank in 3 Sekunden. Kochendes Kesselwasser verbrühte die im Wasser Treibenden. Der Kapitän befindet sich unter den Toten. Die „Observation“ war früher eine Privatjacht, die 1930 zu einer Fähre umgebaut wurde.

der Sprecher Markgraf

ein Funk- und Filmroman von Wolfgang Markgraf

URHEBER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(28. Fortsetzung.)

Weiter ging die Befragung.
„Ihre Mutter hatte viel Freunde?“
„Ja, das . . . war so! Sie kannte wenig Hemmungen und Skrupel.“
„Können Sie uns nicht Namen von Leuten nennen, mit denen Ihre Frau Mutter . . . freundschaftliche Beziehungen unterhielt?“
Sanka schüttelte den Kopf.
„Nein, das kann ich nicht! Ich habe mich nie darum gekümmert, habe nicht nach Namen gefragt. Meine Mutter verkehrte viel in Künstlerkreisen, mit Filmleuten. Sie war besessen von dem Ehrgeiz, noch einmal nach oben zu kommen! Ich habe gelebt wie ein Bagant, nur, um nicht oft in der Nähe meiner Mutter zu sein!“
„Haben Sie nicht hin und wieder einmal Auftritte erlebt . . . durch Frauen, die vielleicht fürchteten, daß die Tote in ihre Rechte eingriff?“
„Ich kann mich nicht besinnen.“
„Gut, dann wollen wir jetzt schließen, Herr Schinsky. Sie haben jetzt Zeit und Ruhe . . . denken Sie einmal über alles genau nach. Die kleinste Kleinigkeit ist wichtig und kann uns einen Fingerzeig geben.“
„Ich will nachdenken, Herr Kommissar!“

Schulenburg hatte keine Ruhe mehr die ganze Zeit. Er litt um Rainer, besonders seit er wußte, wie schwer es ihn getroffen hatte, daß ihn die Frau verließ. Und eines Tages machte er sich auf und besuchte Rainer im Gefängnis.
Als er ihm gegenüberstand, erfüllte ihn eine große Freude, denn er sah, daß Rainer sich wieder gefunden hatte. Bläß,

Agrarreform in Spanien

Entschädigungslose Enteignung — Keine Amnestie

Madrid. Die Nationalversammlung nahm in der Nacht zum Freitag ein Ergänzungsgezet zur Agrarreform an, das von größter Bedeutung ist. Der genaue Text des Gesetzes wird noch festgelegt werden, doch bestimmt es,

daß sämtliche Landgüter der ehemaligen Granden von Spanien entschädigungslos enteignet werden.

Ministerpräsident Azana legte den Standpunkt der Regierung dar und führte aus,

daß es sich um eine revolutionäre Maßnahme handele, die zum Wohl der Republik sei.

Spanien müsse von Grund auf neu aufgebaut werden und so sei es nicht zu vermeiden, daß so und so viele darunter leiden müßten. Doch sei auch zu bedenken, daß die gleichen Leute früher die Republikaner hätten leiden lassen. Die Opposition, die schärfsten Protest einlegte, ist zahlenmäßig viel zu schwach, um etwas ausrichten zu können.

Die sich im allgemeinen in mäßigen Grenzen bewegende Agrarreform hat erpöpflich einen scharf revolutionären Charakter erhalten, umso mehr, als kürzlich erst beschlossen wurde, daß die Landgüter der Putschteilnehmer entschädigungslos enteignet werden. Jetzt werden auch die Güter solcher Personen vom Staate übernommen, denen keinerlei feindliche Haltung gegen die Republik nachgewiesen zu werden braucht. Man sieht nur voraus, daß sie selbstverständlich feindlich gesinnt seien. Veranlassung zu der neuen Gesetzesbestimmung ist der Putsch des Generals Sanjurjo.

Madrid. Die Nationalversammlung nahm am Freitag die Agrarreform mit 318 gegen 19 Stimmen an.

Weiter wurden die Bestimmungen über die Sonderrechte Kataloniens innerhalb der spanischen Republik mit 314 gegen 24 Stimmen angenommen. Das Ergebnis wurde mit großem Beifall und Hochrufen auf die Republik Spanien und auf Katalonien ausgenommen.

Die Kammer wurde daraufhin bis zum 1. Oktober vertagt.

Madrid. In der Kammer Sitzung am Donnerstag fand eine ausgedehnte Aussprache über einen sehr umfangreichen polnischen Amnestieantrag statt, der von der Regierung abgelehnt wurde. Als bei Beginn der Abstimmung die Gefahr drohte, daß sich eine Mehrheit gegen die Auffassung der Regierung zusammenfinden würde, stellte Ministerpräsident Azana plötzlich die Vertrauensfrage. Das veranlaßte die Kammer, den Amnestieantrag mit 188 gegen 26 Stimmen abzulehnen.

Die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten

Washington. Nach einer Statistik der American Federation of Labour (des amerikanischen gewerkschaftlichen Spitzenverbandes) beläuft sich zur Zeit die Zahl der Ar-



Der Weltmeister der Berufsfieger

Der Belgier Joseph Scheerens siegte bei den Radweltmeisterschaften in Rom im Flegereiten der Berufsfahrer und errang damit den Weltmeistertitel.

beitslosen in den Vereinigten Staaten auf 14 Millionen. Hierunter sind allein 800 000 Eisenbahnangestellte. Das New Yorker Büro für Arbeitslosenunterstützung hat errechnet, daß allein für Unterstützung der New Yorker Arbeitslosen im kommenden Winter 250 Millionen Dollar benötigt würden. Die Arbeitslosenunterstützung ist völlig leer. Auf den 15. September hat Präsident Hoover eine Konferenz einberufen, um die Arbeitslosenunterstützungsfrage zu erörtern. Die Federation of Labour hat hier für einen Plan ausgearbeitet, bei dem die deutschen und englischen Verhältnisse zum Vorbild gedient haben.

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz einberufen

Berlin. Das Präsidium der Abrüstungskonferenz ist nach einer Meldung Berliner Blätter aus Genf am Freitag vom Präsidenten Henderson für den 21. September einberufen worden. Die Absicht Hendersons mit diesem plötzlichen Schritt sei offenbar, noch vor Erteilung der französischen Antwortnote auf die deutsche Gleichberechtigungsforderung dem Versuch einer Vertagung der Abrüstungskonferenz zuvorzukommen. Die Einladungen seien sofort den Staaten zugesandt. Die Frage, die man sich in den Genfer Kreisen allgemein vorlege, sei, ob die Vertreter Deutschlands an dieser Bürostung im September teilnehmen würden.

Wiederaufnahme der Arbeit im belgischen Kohlenrevier

Brüssel. Die Wiederaufnahme der Arbeit in den belgischen Kohlenrevieren macht weitere Fortschritte. Im Zentralrevier erreichte sie 90 v. H., während in Charleroi 20 000 Arbeiter von 39 000 die Arbeit wieder aufnehmen. In Borinage ist die Arbeitsaufnahme ebenfalls bedeutend. In Lüttich wird Montag wieder gearbeitet.

Ein listiger Betrüger entlarvt aber entkommen

Lemberg. Die Lemberger Polizei ist einem frechen Betrüger auf der Spur, der immer auf die gleiche Weise Bauern hineinlegt. Er entlockt ihnen größere Geldebeträge, um Verwandte, die angeblich eingesperrt sind, aus dem Gefängnis zu befreien. Bei der Behörde meldete sich der arme Bauer Swistun aus dem Kreise Rawa Ruska und erzählte unter Tränen, daß sich vor zwei Tagen bei ihm ein Mann eingestellt habe, daß sein Sohn, der in Rußland weilte, zurückgekehrt und verhaftet sei. Um ihn aus dem Gefängnis zu befreien, müßten 500 Floty erlegt werden. Der Bauer ging das ganze Dorf durch, um Geld zu besorgen und brachte schließlich 140 Floty zusammen. Er fuhr mit dem Betrüger nach Lemberg, wo er ihm das Geld aushändigte. Seit dieser Zeit ist der Gauner verschwunden.

Auch eine Sensation

Rielce. Auf dem Bahnhof Rielce spielte sich eine eigenartige Szene ab. Mit dem Warschauer Zuge kamen zwei elegante Damen an mit einer ganzen Menge von Koffern, Körben, Körbchen, Paketen und Päckchen. Als sie bereits mit ihrem Gepäck in der Taxe saßen und der Chauffeur nach der Adresse fragte, gaben sie zur Verblüffung aller Umstehenden an: „Ins Gefängnis zum hl. Kreuz!“ Es stellte sich heraus, daß die Damen die Gattinnen zweier verurteilter Mörder waren. Sie hatten die Erlaubnis bekommen, ihre Männer aufsuchen zu dürfen und brachten ihnen Lebensmittel und andere Dinge, die nach den Bestimmungen des Gefängnispersonals für über ein Jahr reicheten. Später erfuhr man noch, daß nach der Meinung der Damen die Männer sich mit ihrem Schicksal abgefunden haben und in ganz guter Stimmung sind.

